



Wenn sonst nichts mehr hilft

Was bei einem Herunterfahren des öffentlichen Lebens auf die Menschen zukommt – und was das für den Einzelhandel in Deutschland bedeutet

Das Virus ist nicht zu bremsen – die Zahl der Neuinfektionen steigt stetig. Die Zahl der Bundesländer, die nun einen harten Lockdown befürworten, wächst ebenfalls. Wir erklären, was auf die Menschen zukommt.

Was planen Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein schon jetzt?

Alle drei Bundesländer haben bereits weitere Beschränkungen für die Bürger angekündigt. In Baden-Württemberg gilt ab Samstag eine Ausgangsbeschränkung. Für Ausnahmen müsse man „triftige Gründe“ haben wie die Arbeit oder einen Arztbesuch, sagte Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne). Auch in Schleswig-Holstein sollen statt zehn noch fünf Personen aus maximal zwei Haushalten zusammenkommen dürfen, das gilt dort auch an Weihnachten. Ausgenommen sei nur die engste Familie. In NRW muss schon ab Montag niemand mehr seine Kinder zur Schule schicken. Konkret bedeutet das: Ab Klasse acht wird der Unterricht grundsätzlich nicht mehr im Klassenzimmer erteilt, sondern auf Distanz. Die Schulen bleiben dennoch bis zum 18. Dezember geöffnet für Schüler der Klassen eins bis sieben sowie für Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf. Darüber hinaus werden die – bereits um zwei Tage vorgezogenen – Weihnachtsferien um weitere zwei Tage verlängert.

Welche Regelung zeichnet sich im Einzelhandel ab?

Bund und Länder diskutieren über die Schließung des Einzelhandels bereits vor Weihnachten. Nur Supermärkte und Apotheken sollen weiter geöffnet bleiben. Während Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) und andere nördlichen Länder die Geschäfte ab dem 21.

Dezember schließen wollen, dringen die südlichen Länder Bayern und Baden-Württemberg auf die Schließung bereits ab kommendem Mittwoch. Städtetagspräsident Burkhard Jung (SPD) fordert ein einheitliches bundesweites Vorgehen. „Ein vollständiger Lockdown muss bundesweit gelten. Das erwarten wir von Bund und Ländern bei ihrer erneuten Schaltkonferenz am Wochenende. Es darf nicht passieren, dass der Einzelhandel im Land A geschlossen und im Land B geöffnet ist“, sagte Jung unserer Zeitung. „Ein Weihnachten im kleinen Kreis und ohne Last-minute-Shopping, ein Silvester zu Hause möglichst ohne Böller: Das ist besser als eine Corona-Pandemie, die außer Kontrolle gerät.“

Kommentar

Die Ministerpräsidenten haben wertvolle Zeit vertan

Knapp 30 000 Neuinfizierte und fast 600 Corona-Tote binnen einem Tag, dazu ein bundesweit durchschnittlicher Inzidenzwert von 156 (wo doch ein Wert von 50 angestrebt war): Es herrscht Alarmstufe Rot. So kann es nicht weitergehen. Vor allem: Es ist keine Besserung in Sicht. Auf diese explodierenden Zahlen muss es jetzt eine Antwort, eine Reaktion mit aller Konsequenz geben. Es geht um ein Wort mit acht Buchstaben: Lockdown – und zwar in der harten Version. Liebe Ministerpräsidenten und Ministerpräsidentinnen, das hättet ihr einfacher haben können!

Zögerlich, fahrig, uneinig, halb entschlossen haben die Länderfürsten, die gern jeweils ihr eigenes regionales Süppchen anrühren, vor Wochen noch den harten Schnitt vermieden – erneut gegen die Überzeugung der Bundeskanzle-

Bekommt der Handel für die frühe Schließung eine Kompensation?

Der Branchenverband HDE forderte in einem Brandbrief an Kanzleramtsminister Helge Braun (CDU) neue staatliche Hilfsprogramme für den Einzelhandel. Viele Unternehmen würden den Umsatzausfall im wichtigen Weihnachtsgeschäft nicht überleben. Tausende Arbeitsplätze seien gefährdet. Für den Monat Dezember sollten dieselben Konditionen gelten wie für die Gastronomie, verlangte der Verband. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) stellte dem Handel daraufhin höhere Hilfen in Aussicht. Das Instrument der November- und Dezemberhilfen, bei denen der Staat der Gastronomie und anderen, vom bisherigen Teil-

lockdown betroffenen Branchen 75 Prozent des Umsatzes der Vorjahresmonate erstattet, werde aber für den Handel nicht ausgeweitet. Stattdessen will Altmaier den Förderhöchstbetrag der Überbrückungshilfe III, bei der Fixkosten der Betriebe wie Mieten, Pachten, Leasingraten oder Versicherungsprämien ausgeglichen werden, von derzeit monatlich 200 000 Euro erhöhen. Das Programm soll eigentlich erst im Januar starten und bis Ende Juni laufen. Doch bisher gilt schon, dass Unternehmen die Betriebskostenzuschüsse auch rückwirkend für November und Dezember verlangen können, wenn ihr Umsatzeinbruch mehr als 40 Prozent beträgt. Bei den November- und Dezemberhilfen stottert

der Hilfsmotor allerdings: Wegen Softwareproblemen soll es erst im Januar zu Auszahlungen kommen, viele Unternehmen sind verzweifelt angesichts der Situation.

Wann soll der harte Lockdown beendet werden?

Darüber sind sich die Ministerpräsidenten und der Bund noch nicht einig. Wirtschaftsminister Altmaier will den Lockdown erst beenden, wenn die sogenannte Sieben-Tage-Inzidenz wieder auf weniger als 50 pro 100 000 Einwohner gesunken ist. Erst bei diesem Wert wäre die Pandemie wieder kontrollierbar. Bei einem flexiblen Exit hätten Unternehmen aber keine Planungssicherheit. Mehrere Länder wollen daher bei einem fixen Datum blei-

ben. Ob dies wie bisher vereinbart der 10. Januar sein wird, ist allerdings eher unwahrscheinlich.

Gibt es trotz Corona einen Weihnachtstourismus im Bundesgebiet?

Der ADAC erwartet wenig Verkehr auf den deutschen Autobahnen. Insgesamt werde es wohl „sehr, sehr ruhig“, sagte ADAC-Sprecherin Katharina Lucà auf Anfrage. Der Reiseverkehr in die Skigebiete falle sogar im großen Stil aus. Auch der Berufsverkehr vor und nach Weihnachten dürfte gering sein, weil viele Beschäftigte wegen Corona von zu Hause arbeiten. Verkehrsspitzen könnte es eventuell am Freitag kommender Woche geben, wenn zahlreiche Autofahrer zum Besuch bei ihren Familien aufbrechen. Wie stark der Verkehr an dem Wochenende um den vierten Advent tatsächlich ist, hängt auch davon ab, ob es eine bundesweit einheitliche Regelung für einen Lockdown und vorzeitige Weihnachtsferien in allen 16 Bundesländern gebe. Staus auf Autobahnen erwarten der ADAC allenfalls durch Winterwetter als Folge von Schnee, Eis oder Unfällen.

Und wie sieht es bei der Bahn aus?

Die Bahn erwartet um Weihnachten deutlich weniger Kunden – insgesamt 60 Prozent weniger Reisevolumen als im Vorjahr, teilte eine Bahn-Sprecherin mit. Derzeit seien die Fernzüge zu 20 bis 25 Prozent ausgelastet. Zudem würden viele Menschen kurzfristiger verreisen. Für alle Fälle setzt die Bahn im Weihnachtsfernverkehr zwischen dem 18. und dem 27. Dezember rund 100 Sonderzüge ein, um Reisenden möglichst viel Platz zu bieten. Die Sonderzüge rollen vor allem auf den Hauptachsen wie Berlin-Köln, Berlin-München, Berlin-Stuttgart, Hamburg-Karlsruhe und München-Frankfurt.

jdr, mar, hom, dpa



Holger Möhle zu den hohen Corona-Zahlen

rin. Angela Merkel hatte ihnen quasi buchstabiert, dass „Unheil“ über das Land kommen werde, wenn die Zahl der Kontakte nicht dramatisch reduziert werde.

Die berühmte Salami-taktik, nach der sich die Länder wieder nur zu halbherzigen Schritten zur Eindämmung der Pandemie durchringen konnten, hat vor allem das Land in diesem Herbst keinen Schritt vorangebracht. Die Ministerpräsidenten haben wertvolle Zeit vertan, auch wenn unterstellt werden darf, dass sie den Menschen in guter Absicht Weihnachten im (kleinen) Familienkreis ermöglichen und dem Handel nicht das Weihnachtsgeschäft kaputt machen wollten. Vermutlich schon an diesem Sonntag werden sich Bundeskanzlerin Angela Merkel

und die Ministerpräsidenten wieder per Video zusammenschalten und dann hoffentlich – einstimmig und bundesweit einheitlich – beschließen, was nötig ist.

Denn entwickeln sich die Infektionszahlen mit dieser Geschwindigkeit weiter, werden Krankenhäuser schon bald Corona-Infizierte nicht mehr aufnehmen können. Intensivstationen werden überlastet sein. Das Personal ist es schon jetzt. Ein Weihnachten unter solchen Vorzeichen ist bedrückend. Von Weihnachten „feiern“ wird ohnehin keine Rede mehr sein, wenn Menschen um ihr Leben ringen, die Zahl der Corona-Toten weiter nach oben geht und Ärzte womöglich entscheiden müssen, welche Patienten sie noch an ein Beatmungsgerät anschließen und

welche nicht mehr. Käme es zur Triage, zur Auswahl von Menschen für medizinische Hilfe, erst recht an den Festtagen, dann wäre es ohnehin vorbei mit der Weihnachtsstimmung.

Bund und Länder müssen jetzt handeln und Maßnahmen aussprechen, die sie bei etwas mehr Mut schon vor Wochen hätten beschließen können. Dann wären alle schon weiter. Wer verhindern möchte, dass auch 2021 ein Ausnahmejahr wird, der muss jetzt handeln. Schulen zu, Winterferien vorziehen und verlängern, wahrscheinlich müssen auch viele Geschäfte schließen. Es hilft alles nichts. Die Kontakte müssen runter. Damit man nächstes Jahr hoffentlich wieder sagen kann: frohe Weihnachten!

E-Mail: holger.moehle@rhein-zeitung.net

Hintergrund

Biontech-Impfstoff in USA vor Zulassung

Der Impfstoff von Biontech und Pfizer ist in Großbritannien, Kanada, Bahrain und Saudi-Arabien bereits zugelassen – in den USA ist das Serum im Endspurt zur Notfallzulassung. In der EU wird ein Antrag auf Notfallzulassung derzeit geprüft, eine Entscheidung wird möglicherweise noch für dieses Jahr erwartet. Der gewählte US-Präsident Joe Biden bezeichnete die Empfehlung des Komitees als „helles Licht in einer unnötig dunklen Zeit“. US-Gesundheitsminister Alex Azar sagte: „Am Montag oder Dienstag kommender Woche könnten wir sehen, dass Menschen geimpft werden.“ In dem Land mit rund 330 Millionen Einwohnern haben sich bislang



bereits mehr als 15 Millionen Menschen mit dem Coronavirus infiziert. Seit Beginn der Pandemie starben rund 290 000 Menschen mit dem Erreger Sars-CoV-2. In absoluten Zahlen sind das mehr als in jedem anderen Land der Welt. Die US-Firma Moderna hat ebenfalls bereits eine Notfallzulassung in den USA beantragt. Darüber will das Beraterkomitee am kommenden Donnerstag diskutieren.

Frankreich atmet vorsichtig auf

Wegen sinkender Corona-Infektionszahlen in Frankreich hebt die Bundesregierung die Reisewarnung für einzelne Regionen des Nachbarlandes wieder auf. Die Bretagne im Nordwesten des Festlandes und die Insel Korsika werden ab Sonntag nicht mehr als Risikogebiete geführt, wie das Robert Koch-Institut mitteilte. Das gilt auch für die französischen Überseegebiete Guadeloupe und Martinique in der Karibik sowie Réunion im Indischen Ozean. Auf dem europäischen Festland gibt es ab Sonntag neben Frankreich nur noch in Griechenland, Estland, Finnland, Norwegen und Österreich (zwei Gemeinden an der deutschen Grenze) Regionen, die nicht als Risikogebiete

eingestuft sind. Frankreich konnte die enorm gestiegenen Infektionszahlen durch drastische Gegenmaßnahmen stark senken.

Die Schweiz greift ein bisschen durch

Wegen hoher Infektionszahlen greift in der Schweiz die Regierung härter durch. Die Maßnahmen bleiben verglichen mit Deutschland und anderen Nachbarländern aber lasch. Ausgangssperren gibt es nicht, Geschäfte und Restaurants werden nicht geschlossen, die Skigebiete bleiben über Weihnachten und Neujahr geöffnet. Treffen in privatem Raum werden nicht weiter beschränkt. Weiter dürfen sich zehn Personen treffen, inklusive Kindern und ohne Beschränkung der Haushalte. Lan-



desweit sollen Restaurants, Bars, Läden, Museen, Bibliotheken sowie Sport- und Freizeitanlagen nun allerdings zwischen 19 Uhr und 6 Uhr morgens schließen. Das soll bis zum 22. Januar gelten. Abgesehen von Bars und Restaurants sollen sie sonn- und feiertags geschlossen bleiben. Ansonsten gelten nur Empfehlungen, möglichst zu Hause zu arbeiten und möglichst wenig Menschen zu treffen.

Schweden werden per Corona-SMS informiert

In Schweden explodiert die Zahl der Neuinfektionen. Deshalb soll die gesamte Bevölkerung eine SMS mit den aktuellsten Corona-Regeln bekommen. Zweck des Ganzen ist, die mehr als zehn Millionen Einwohner insbesondere vor den Weihnachtsferien über die geltenden Maßnahmen zu informieren. In der SMS soll auch darauf hingewiesen werden, dass von Montag an im ganzen Land wieder nationale Regeln gelten – die regionale Regeln außer Kraft setzen. Im Vergleich mit Deutschland hat Schweden in den vergangenen 14 Tagen mehr als doppelt so hohe Neuinfektionszahlen. Die Intensivstationen in Stockholm sind an der Belastungsgrenze.